

Bündnis fordert: „Rotlicht aus“

Kampagne Bis zum 30. Juni wird in Bussen plakatiert. Das Bündnis gegen Menschenhandel kämpft gegen Prostitution.

Aalen. „#ROTLICHTAUS und wir möchten, dass es auch so bleibt!“ Diese Botschaft transportieren zwei Wochen lang die Busse der OVA, OK.go und STADTBUS im Ostalbkreis mit Plakaten. Ins Leben berufen haben die Kampagne #Rotlicht aus! der Landesfrauenrat Baden-Württemberg und der Verein „sisters“. Viele Organisationen schlossen sich dem an – darunter auch das ostalbweite Bündnis gegen Menschenhandel und (Zwangs-)Prostitution. Sie alle kämpfen gegen Prostitution in Deutschland und für ein Verbot von Sexkauf.

Die Kontaktstelle Solwodi in Schwäbisch Gmünd hatte die Kampagne 2016 vorgestellt. Das Ostalb-Bündnis gegen Menschenhandel und (Zwangs-)Prostitution schließt sich an. Man kämpfe für eine Gesellschaft, in der Frauen nicht als Ware verkauft werden. „Seit Mitte März sind die Bordelle in Deutschland geschlossen. Schnell wurde den Zuhältern klar, dass die Umsätze einbrechen und sie haben die Frauen zurück in ihre Heimatländer gekarrt – vorwiegend nach Osteuropa“, heißt es in einer Pressemitteilung des Bündnisses. Nun müsse dauerhaft gelten „Rotlicht aus“ – und zwar nicht nur in Corona-Zeiten.

Unterstützung kommt von 16 Bundestagsabgeordneten, darunter Roderich Kiesewetter (CDU) und Leni Breymaier (SPD) sowie der Frauen Union Ostalb und Schwäbisch Gmünd. Claudia Köditz Habermann, Dr. Margarete Scheuermann und Marietta Hageney wollen am 30. Juni in Berlin Unterschriftenlisten überreichen.



Marietta Hageney (v. li.), Ingrid Krumm und Karin Wörner stellen die Plakate vor. Foto: privat